

# BERICHT AUS BERLIN

## von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 061 | 8.11.2024

## Die Ampel hat fertig! Warum wir jetzt sofort Neuwahlen brauchen!

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

60 „Berichte aus Berlin“ habe ich schon veröffentlicht, dies ist die 61. Ausgabe – und jetzt werden es doch weniger als gedacht:

### Die Ampel ist am Ende!

Endlich hat sie es auch selbst gemerkt!

Die Menschen in Deutschland waren da schon deutlich weiter, wenn ich nur auf die historisch schlechten Zustimmungswerte für die aktuelle Bundesregierung schaue.

### Die Ampel ist am Ende!

Rote, grüne und FDP-Träumereien sind am 6. November 2024 endgültig an der Realität zerschellt! Was nie zusammenpasste, flog jetzt im Berliner Novembernebel auseinander! Was übrig bleibt, ist eine bizarre rot-grüne Rumpfregierung, ein Gruselkabinett, das niemand gewählt hat und das niemand mehr will, geschmückt mit einem abtrünnigen Ex-Minister der FDP, dessen Beweggründe niemand nachvollziehen kann.



Aus der linken Ampel ist eine Fußgängerampel geworden.

Auch im Niedergang bleibt sich Olaf Scholz treu. Während der Kanzler seinen FDP-Finanzminister Lindner am Mittwochabend bei seiner Pressekonferenz in Berlin als klein-karierten und vertrauensbrüchigen Taktierer diffamiert und aus der Regierung wirft, klopf er sich realitätsvergessen selbst auf die Schultern. Es ist ein befremdliches Schauspiel. Zum Glück ist es bald vorbei. Das knapp fünfzehnminütige Statement des Noch-Kanzlers war offensichtlich detailliert vorbereitet und

wurde vom Teleprompter abgelesen.

Nicht nur mir drängt sich hier die Frage auf, wer hier eigentlich kalkuliert die Regierung platzen ließ!

Und die Grünen? Sie bedauern das Ende der Ampel, hätten offenkundig gerne weitergemacht, bis zum unvermeidlichen Ende im September 2025. Von „erfolgreicher Arbeit“ war gar die Rede. Auch diese Traumwelt ist nun geplatzt.

Unser Partei- und Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz stellte schon im August 2024, nach dem schrecklichen Messerattentat von Solingen, fest: „Dem Bundeskanzler entgleitet mittlerweile das eigene Land!“ Das Land und auch die Realität sind Scholz nun endgültig entglitten!

Nicht anders lässt sich der geradezu wahnwitzige Zeitplan des Noch-Kanzlers erklären: Vertrauensfrage am 15. Januar 2025, Neuwahlen dann irgendwann im März oder April. Was soll das? Die Ampel ist jetzt am Ende, das links-grüne Restekabinet hat keine parlamentarische Mehrheit, vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlergebnisse und Prognosen keine Spur politischer Legitimität.

Scholz muss unverzüglich den Weg für Neuwahlen freimachen. Er ist eine „lame duck“, seit dem 6. November 2024 noch mehr als zuvor. Jeder weitere Tag, den dieser Mann im Amt verbleibt, ist ein verlorener Tag – für die Menschen in Deutschland, für unsere Wirtschaft und für das Ansehen und die Stellung Deutschlands in der Welt!

Nur wenn der Bundeskanzler spätestens in der nächsten Sitzungswoche den Weg zur Auflösung des Bundestages durch Stellen der Vertrauensfrage frei macht, sind wir als Union bereit, über dringende Themen Gespräche zu führen. Der Bundespräsident kann dann innerhalb von 21 Tagen den Bundestag auflösen. Die Neuwahlen müssen dann spätestens 60 Tage später sein.

Wir sind selbstverständlich bereit, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Wenn es Entscheidungsnotwendigkeiten gibt, dann werden wir uns diesen Entscheidungsnotwendigkeiten stellen. Wir werden sie beraten und dann auch Abstimmungen im Bundestag ermöglichen. Eine dreimonatige Hängepartie mit einer diskreditierten und delegitimierten Minderheitsregierung braucht es dafür nicht!

Dazu ist die Lage zu ernst. Deutschland wird mittlerweile in internationalen Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft nach unten durchgereicht. Die Meldungen zu Gewinnwarnungen großer deutscher Unternehmen sowie Stellenstreichungen in unserem Land häufen sich. Audi, Schaeffler, VW und Zeiss – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen! Das ist keine konjunkturelle Krise, sondern wir haben ein wahrhaftiges Strukturproblem, befinden uns in einer Rezession.

Als CDU/CSU stehen wir darum bereit für eine echte Politik- und Wirtschafts-wende. Was bieten wir Deutschland an? Folgende Kernpunkte sind uns wichtig:

→ **Migrationswende:**

die konsequente Begrenzung der illegalen Migration; die Abschiebung von Straftätern und aller nicht-aufenthaltsberechtigten Personen sowie der Schutz unserer Außengrenzen mit Zurückweisung nicht Zugangsberechtigter.

→ **Wirtschaftswende:**

die Entfesselung der Kräfte der sozialen Marktwirtschaft unter Einhaltung der Schuldenbremse; eine Rückkehr zu einer seriösen Haushalts- und Finanzpolitik; Bürokratieabbau und Digitalisierung.

→ **Gesellschafts- und Sozialpolitikwende:**

die Abschaffung des Bürgergeldes durch die neue Grundsicherung sowie die Rückkehr zu den Prinzipien von Fördern und Fordern in der Sozialpolitik; ein Ende woker Kulturkämpfe und die Rückabwicklung der linksradikalen Gesellschaftspolitik der Ampel.

Das alles ist „Grundsätzlich CDU“, unser neues Grundsatzprogramm. Wir sind gut gerüstet und bereit, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Aber lesen Sie gerne selbst nach. Hier der Link zu unserem Parteiprogramm: [KLICK](#)

## **35 Jahre Mauerfall – 35 Jahre Freiheit in ganz Deutschland – Verantwortung und Auftrag**

Mit dem Sturz der Berliner Mauer am 9. November 1989 durch die Menschen in der ehemaligen DDR öffnete sich für sie das Tor zur Freiheit. Der Tag des Mauerfalls war, zusammen mit dem Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990, ein Moment des großen Glücks für unser gesamtes Land – in Ost und West, Nord und Süd. Die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in der DDR sowie in Mittel- und Osteuropa ist ein Meilenstein der europäischen Freiheitsgeschichte.

Der dadurch möglich gewordene Prozess der europäischen Integration eröffnete vielen Menschen ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Chancen. Aus dieser Erfahrung und Dankbarkeit erwächst die Verantwortung, auch heute denen in Europa zur Seite zu stehen, die noch immer um ihre Freiheit kämpfen – etwa den mutigen Menschen in Belarus.



Die DDR war ein Unrechtsstaat. Den Menschen, die in der SED-Diktatur aus Überzeugung und unter Einsatz ihres Lebens oder Inkaufnahme von Repressionen mutig Widerstand geleistet haben, gebührt Hochachtung und Wertschätzung. Noch immer leiden viele Opfer unter den Folgen von politischer Verfolgung, Zersetzung und Repression.

Und noch immer gibt es gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Anerkennung und persönlichen Situation der Opfer. Zu all diesen Themen bringen wir in dieser Woche einen eigenen Antrag ein – auch, um die Bundesregierung an die bisher nicht umgesetzten Versprechen ihres Koalitionsvertrages zu erinnern.

Die Bundesregierung muss endlich tätig werden und ihre dazu vereinbarten Ziele zur Vollendung der inneren Einheit umsetzen. Was hindert sie daran, im Einvernehmen mit den Ländern die Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur zu erleichtern und ergänzend einen bundesweiten Härtefallfonds einzurichten? Was hindert die Bundesregierung daran, die Bundesstiftung Aufarbeitung zu stärken und der Geschichte der Demokratie in Deutschland und ihren Orten mehr Sichtbarkeit zu verleihen? Verantwortung für das Zusammenwachsen unseres Landes bleibt in der Ampel-Bundesregierung ein Lippenbekenntnis.

## **Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken**

Insbesondere seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sehen wir eine deutliche Zunahme antisemitischer Straftaten und von Äußerungen des Judenhasses auf unseren Straßen. Das sichtbare Anwachsen des Antisemitismus ist nicht nur eine Bedrohung für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Es stellt auch einen Angriff auf die Werte und Grundsätze unserer gesamten Gesellschaft dar.

Dies unterstreicht die Notwendigkeit, jüdisches Leben in Deutschland aktiv zu schützen und weiter zu stärken.

Mit dem [interfraktionellen Antrag](#) „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ setzen die Fraktionen der demokratischen Mitte im Deutschen Bundestag ein klares Zeichen gegen jeden Antisemitismus und gegen eine antisemitisch motivierte Verurteilung Israels.



Wir treten gemeinsam für einen besseren Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ein. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Anstrengungen zur Förderung der jüdischen Kultur und Bildung intensiviert. Antisemitismus muss in allen Bereichen der Gesellschaft zurückgedrängt werden. Wo erforderlich, sind auch Gesetzeslücken zu schließen. In diesem Zusammenhang nennt der Antrag neben dem Strafrecht auch das Aufenthalts-, das Asyl- und das Staatsangehörigkeitsrecht.

Überdies verlangen wir den Ausschluss staatlicher Förderung für alle Organisationen, die mit der sogenannten BDS-Bewegung in Verbindung stehen, zum Boykott Israels aufrufen oder sonstige antisemitische Inhalte verbreiten. Ein klares Bekenntnis zu Israels Sicherheitsinteressen und Selbstverteidigungsrecht ist ebenfalls Teil des gemeinsamen Antrags.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben in unseren Gesetzesinitiativen und Anträgen seit dem 7. Oktober 2023 auch deutlich weitergehende Vorschläge zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland vorgelegt.

Hinter diesen Vorschlägen stehen wir weiterhin uneingeschränkt. Gleichwohl haben wir uns intensiv für einen gemeinsamen Antrag eingesetzt. Dafür sind wir Kompromisse eingegangen. Denn für uns gilt: Die Fraktionen der demokratischen Mitte im Deutschen Bundestag und alle Bürgerinnen und Bürger müssen gegen Antisemitismus zusammenstehen.

### Video der Woche



Auch in meinem „Video der Woche“ geht es natürlich um das Ampel-Aus.

Wer sich selbst den Stecker zieht, muss jetzt auch zu den Konsequenzen stehen!

[KLICK](#)

### Zitat der Woche

«Wie kommen Sie auf die Idee, daß Sie, in einer Zeit, wo Sie mit Mehrheitsregierung hier im Bundestag nichts auf die Reihe gekriegt haben, jetzt plötzlich ohne Mehrheit Gesetze bis zum Ende des Jahres durchsetzen wollen? Wie kommen Sie eigentlich auf die Idee, wenn Sie vom Schaukelpferd fallen, jetzt plötzlich einen wilden Bullen reiten zu wollen? Wie kommen Sie eigentlich auf die Idee, als jemand, der gerade vom „Dreirad“ gefallen ist, jetzt mit dem „Zweirad“ besser vorankommen zu wollen?»

*(Der erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion **Thorsten Frei** am 8.11.2024 im Deutschen Bundestag in einer Aktuellen Stunde zu Neuwahlen)*

## Bilder der Woche

Kaum eine Sitzungswoche, ohne daß mich Schulklassen aus dem Wahlkreis besuchen!

Für mich ist das jedes Mal wieder ein Vergnügen; keine Diskussion ist wie die andere...



[Lautereck-Realschule](#) – Sulzbach an der Murr



[Franziskus-Gymnasium](#) – Mutlangen



[Franziskus-Gymnasium](#) – Mutlangen